

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Tourismus (21. Ausschuss)**

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Brunhilde Irber, Dr. Eberhard Brecht, Annette Faße, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Sylvia Voß, Dr. Thea Dückert, Winfried Hermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 14/5315 –**

### **Programm zur Stärkung des Tourismus in Deutschland (Tourismusförderungsprogramm)**

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Klaus Brähmig, Ernst Hinsken, Anita Schäfer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU  
– Drucksache 14/5313 –**

### **Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Tourismuswirtschaft stärken**

#### **A. Problem**

Die Tourismuswirtschaft ist weltweit eine der wichtigsten Wachstumsbranchen. Die Welt-Tourismus-Organisation ermittelt trotz hoher Schwankungen in den vergangenen Jahren ein stets über den anderen Branchen liegendes Wachstum. Im Jahr 2000 ist die Zahl der Touristen weltweit um 7,4 Prozent auf fast 700 Millionen gestiegen. Die von der Europäischen Union eingesetzte High Level Group schätzt, dass die Zahl der internationalen Ankünfte in Europa zwischen 1995 und 2010 um 57 Prozent zunehmen wird. 255 Millionen Beschäftigte weltweit und immerhin 2,8 Millionen in Deutschland belegen darüber hinaus die Bedeutung des Tourismus für den Arbeitsmarkt. Der Beitrag der Tourismuswirtschaft zum Bruttoinlandsprodukt beträgt 8 Prozent, der Jahresumsatz 275 Mrd. DM.

Auch in Deutschland ist der Tourismus im Aufwind. Das Wachstum des Tourismus übertrifft die durchschnittliche Rate in Europa deutlich. 2000 war ein Rekordjahr für das deutsche Beherbergungsgewerbe mit dem höchsten bisher festgestellten Wachstum. Hotels, Pensionen und sonstige Beherbergungsbetriebe mit neun oder mehr Betten konnten in Deutschland über 108,2 Millionen Gäste begrüßen. Das waren 6 Prozent mehr als 1999. Und auch bei den Übernachtungen wurde mit 326 Millionen ein neuer Höchststand festgestellt: Gegenüber 1999 stieg die Zahl der Übernachtungen um 6 Prozent.

Gleichwohl sind die Reiseausgaben der Deutschen im Ausland 2000 um 6 Prozent gestiegen. Es wurden im vergangenen Jahr 96,3 Mrd. DM für Reisen ins Ausland ausgegeben. Im jetzt begonnenen Jahr rechnen die Marktforscher mit einem weiteren Anstieg dieser Reiseausgaben um ebenfalls 6 Prozent und somit insgesamt mit einer Summe von 100 Mrd. DM. Die Deviseneinnahmen aus dem Tourismus können um 4 Prozent auf 32,8 Mrd. DM ansteigen. Dazu ist es erforderlich, dass sich Deutschland als Tourismusstandort profiliert. In Zusammenarbeit des Bundes, der Länder und der Tourismuswirtschaft müssen die kulturellen und naturräumlichen Attraktionen Deutschlands in ihrer Vielfalt in- und ausländischen Besuchern präsentiert werden.

Die Bemühungen, Deutschland als Tourismusstandort zu stärken, bringen Belastungen vor allem für die Natur und Umwelt mit sich. Eine nachhaltige Tourismuspolitik kann das vorhandene Natur- und Kulturerbe schützen und damit langfristig die Attraktivität Deutschlands für den Tourismus sichern. In dem von den Vereinten Nationen ausgerufenen Internationalen Jahr des Ökotourismus 2002 soll dies auf nationaler wie internationaler Ebene unterstrichen werden.

Um diese Ziele zu erreichen, bedarf es nachhaltiger Akzente in der deutschen Tourismuspolitik.

## B. Lösung

- a) Annahme des Antrages der Koalitionsfraktionen, Drucksache 14/5315, der in verschiedenen Feldern der Tourismuspolitik Handlungsvorschläge erarbeitet hat. So wird die Bundesregierung unter anderem aufgefordert
- weiterhin Modellvorhaben zu fördern, mit denen Trends im Reiseverhalten aufgegriffen werden, denn für eine erfolgreiche Entwicklung im Deutschlandtourismus ist die Vermarktung stimmiger Produkte entscheidend;
  - die Förderung der Sanierung und Modernisierung durch das „CO<sub>2</sub>-Gebäude-Sanierungsprogramm“ der Kreditanstalt für Wiederaufbau fortzusetzen, damit die Renovierung von Privatzimmern im erforderlichen Umfang vorangetrieben werden kann;
  - ein Konzept für die Förderung des Tourismus im ländlichen Raum zu erarbeiten, um die nachhaltige und eigenständige Regionalentwicklung zu verbessern;
  - dem Deutschen Bundestag einen Bericht vorzulegen, in dem geprüft wird, welchen Deregulierungsbedarf die Tourismusbranche hat;
  - zu prüfen, ob durch veränderte Regelungen im Arbeits- und Sozialversicherungsrecht den spezifischen Gegebenheiten von Tourismusbetrieben besser Rechnung getragen werden könnte;
  - gemeinsam mit den Ländern Marketingmaßnahmen für Nationalparke zu fördern und zu koordinieren;
  - gemeinsam mit der Tourismuswirtschaft geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um den Schmuggel artgeschützter Tiere soweit wie möglich zu stoppen;
  - in der Europäischen Union auf eine abgestimmte Tourismuspolitik und verbesserte Koordination innerhalb der bestehenden Kompetenzen hinzuwirken, mit der die Interessen der Mitgliedstaaten von Quell- und Zielgebieten ausgeglichen werden können;
  - zur gezielten Förderung des Deutschlandtourismus in Absprache mit den Bundesländern an Autobahnen und Bundesstraßen, insbesondere auf Rastplätzen, sowie auf allen größeren Bahnhöfen auf herausragende touristische Ziele hinzuweisen.

b) Ablehnung des Antrags der Fraktion der CDU/CSU, Drucksache 14/5313.

**Annahme des Antrags der Koalitionsfraktionen, Drucksache 14/5315, mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Abwesenheit der Fraktion der PDS**

**Ablehnung des Antrags der Fraktion der CDU/CSU, Drucksache 14/5313, mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Enthaltung der Fraktion der FDP und Abwesenheit der Fraktion der PDS**

#### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/5313.

#### **D. Kosten**

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag – Drucksache 14/5315 – anzunehmen,
2. den Antrag – Drucksache 14/5313 – abzulehnen.

Berlin, den 12. Dezember 2001

### **Der Ausschuss für Tourismus**

**Ernst Hinsken**  
Vorsitzender

**Klaus Brähmig**  
Berichterstatter

**Brunhilde Irber**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Klaus Brähmig und Brunhilde Irber

### 1. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag der Koalitionsfraktionen „Programm zur Stärkung des Tourismus in Deutschland (Tourismusförderungsprogramm)“ – Drucksache 14/5315 – sowie den Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Tourismuswirtschaft stärken“ – Drucksache 14/5313 – in seiner 152. Sitzung am 15. Februar 2001 an den Ausschuss für Tourismus zur federführenden Beratung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Innenausschuss, den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, den Ausschuss für Kultur und Medien und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen. Die Überweisung an den Sportausschuss erfolgte am 29. März 2001.

### 2. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die beiden Anträge in seiner 81. Sitzung am 10. Oktober 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU und FDP beschlossen, die Annahme des Antrags auf Drucksache 14/5315 zu empfehlen. Gleichzeitig wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU und FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/5313 zu empfehlen.

Der **Innenausschuss** hat die beiden Anträge in seiner 74. Sitzung am 14. November 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU und FDP sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS beschlossen, die Annahme des Antrags auf Drucksache 14/5315 zu empfehlen. Gleichzeitig wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/5313 zu empfehlen.

Der **Rechtsausschuss** hat die beiden Anträge in seiner 103. Sitzung am 7. November 2001 beraten und erhebt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU/CSU und FDP sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS keine verfassungsrechtlichen oder rechtsförmlichen Bedenken gegen die Anträge auf den Drucksachen 14/5315 und 14/5313.

Der **Finanzausschuss** hat die beiden Anträge in seiner 92. Sitzung am 28. März 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU und FDP beschlossen, die Annahme des Antrags auf Drucksache 14/5315 zu empfehlen. Gleichzeitig wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und bei Stimmenthaltung der Fraktionen von FDP und PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/5313 zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die beiden Anträge in seiner 68. Sitzung am 14. November 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU und FDP sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS beschlossen, die Annahme des Antrags auf Drucksache 14/5315 zu empfehlen. Gleichzeitig wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU sowie bei Stimmenthaltung der Fraktionen der FDP und PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/5313 zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten** hat die beiden Anträge in seiner 61. Sitzung am 7. März 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU und FDP sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS beschlossen, die Annahme des Antrags auf Drucksache 14/5315 zu empfehlen. Gleichzeitig wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU sowie bei Stimmenthaltung der Fraktionen von FDP und PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/5313 zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat die beiden Anträge in seiner 107. Sitzung am 14. November 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU und FDP sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS beschlossen, die Annahme des Antrags auf Drucksache 14/5315 zu empfehlen. Gleichzeitig wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU sowie bei Stimmenthaltung der Fraktionen von FDP und PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/5313 zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat die beiden Anträge in seiner 79. Sitzung am 14. November 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU und FDP sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS beschlossen, die Annahme des Antrags auf Drucksache 14/5315 zu empfehlen. Gleichzeitig wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU sowie bei Stimmenthaltung der

Fraktionen von FDP und PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/5313 zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Antrag auf Drucksache 14/5315 in seiner 117. Sitzung am 14. November 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion von CDU/CSU, bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktion der FDP und bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS beschlossen, die Annahme des Antrags auf Drucksache 14/5315 zu empfehlen. Den Antrag auf Drucksache 14/5313 hat der Ausschuss in seiner 120. Sitzung am 12. Dezember 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat die beiden Anträge in seiner 70. Sitzung am 14. November 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/5315 zu empfehlen. Gleichzeitig wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/5313 zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die beiden Anträge in seiner 57. Sitzung am 9. Mai 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU und FDP sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS beschlossen, die Annahme des Antrags auf Drucksache 14/5315 zu empfehlen. Gleichzeitig wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU sowie bei Stimmenthaltung der Fraktionen von FDP und PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/5313 zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat die beiden Anträge in seiner 57. Sitzung am 14. März 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU und FDP sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS beschlossen, die Annahme des Antrags auf Drucksache 14/5315 zu empfehlen. Gleichzeitig wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und FDP sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/5313 zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die beiden Anträge in seiner 45. Sitzung am 9. Mai 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU und FDP beschlossen, die Annahme des Antrags auf Drucksache 14/5315 zu empfehlen. Gleichzeitig wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/5313 zu empfehlen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die beiden Anträge in seiner 51. Sitzung am 28. März 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU und FDP sowie bei Abwesenheit der Fraktion der PDS beschlossen, die Annahme des Antrags auf Drucksache 14/5315 zu empfehlen. Gleichzeitig wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU, bei Enthaltung der Fraktion der FDP sowie bei Abwesenheit der Fraktion der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/5313 zu empfehlen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die beiden Anträge in seiner 66. Sitzung am 28. März 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU und FDP sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS beschlossen, die Annahme des Antrags auf Drucksache 14/5315 zu empfehlen. Gleichzeitig wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/5313 zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat die beiden Anträge in seiner 52. Sitzung am 4. April 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU und FDP sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS beschlossen, die Annahme des Antrags auf Drucksache 14/5315 zu empfehlen. Gleichzeitig wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU sowie bei Stimmenthaltung der Fraktionen von FDP und PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/5313 zu empfehlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat die beiden Anträge in seiner 70. Sitzung am 28. März 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU und FDP sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS beschlossen, die Annahme des Antrags auf Drucksache 14/5315 zu empfehlen. Gleichzeitig wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU sowie bei Stimmenthaltung der Fraktionen von FDP und PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/5313 zu empfehlen.

Der **Sportausschuss** hat die beiden Anträge in seiner 48. Sitzung am 7. November 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU und FDP sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS beschlossen, die Annahme des Antrags auf Drucksache 14/5315 zu empfehlen. Gleichzeitig wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und

FDP sowie bei Stimmhaltung der Fraktion der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/5313 zu empfehlen.

### 3. Beratungsverlauf im federführenden Tourismusausschuss

Bei den Beratungen im Ausschuss trug die **Fraktion der SPD** vor, dass das Tourismusförderprogramm die bisherige erfolgreiche Arbeit mit der Bundesregierung auf dem Gebiet der Tourismuspolitik weiter verstärken solle. Dabei sei ganz entscheidend, dass es trotz des allgemeinen Sparkurses gelungen sei, die Zuwendungen an die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT) von jährlich 42 Mio. auf 44 Mio. DM aufzustocken. Unter dem Stichwort Qualitätssicherung sei das „Modellprojekt Ostbayern“ in Erinnerung zu rufen, das zum Ziel habe, Tourismusmanager in Deutschland zu qualifizieren und weiterzubilden. Dieses Projekt werde von der Bundesregierung mit ca. 500 000 DM unterstützt. Ebenso sei in Worms ein Kompetenzzentrum für E-commerce eingerichtet worden, wodurch es der mittelständischen Reisebranche ermöglicht werde, sich den Herausforderungen des Internet-Zeitalters zu stellen. Ein großer Erfolg sei auch das Kfz-Finanzierungsprogramm zur Modernisierung von Pensionszimmern. Dieses so genannte CO<sub>2</sub>-Sanierungsprogramm müsse fortgesetzt werden. Ein großer Erfolg sei auch die Einführung der Dachmarke Viabono, die auf der ITB 2001 vorgestellt worden sei. Damit sei es gelungen, den nachhaltigen Tourismus in Deutschland wirkungsvoll zu unterstützen und gleichzeitig eine Brücke zum „Jahr des Ökotourismus 2002“ zu schlagen. Intakte Landschaften und biologische Vielfalt seien unersetzliche Ressourcen für touristische Aktivitäten.

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU sei abzulehnen. Insbesondere würden gebetsmühlenartig die Forderungen nach Abschaffung der 630-DM-Regelung oder der Ökosteuer wiederholt. Es sei unbestritten, dass es bei den 630-DM-Beschäftigungsverhältnissen einen Missbrauch gegeben habe. Darüber hinaus sei gerade für die Tourismusbranche ein Ausnahmetatbestand geschaffen worden, nämlich die 50-Tage-Regelung. Darüber hinaus werde Qualitätssteigerung nicht durch geringfügig Beschäftigte sondern durch motivierte festangestellte Arbeitskräfte erreicht.

Bei der Ökosteuer kritisiere die Fraktion der CDU/CSU immer nur die Belastung, verschweige aber, dass dadurch auch Arbeit verbilligt werde. Dies komme der personalintensiven Tourismuswirtschaft in besonderem Maße zu Gute. Außerdem müsse im Hinblick auf die nächste Generation mit Energie sparsam umgegangen werden. Auch dazu gebe die Ökosteuer einen Anreiz. Auch dürften die Maßnahmen der Bundesregierung im Bereich der regenerativen Energien, wie zum Beispiel das 100 000-Dächer-Programm nicht unerwähnt bleiben.

Was den Punkt Deregulierung und Entbürokratisierung betreffe, so sei nur darauf hinzuweisen, dass dank der Koalition das Rabattgesetz und die Zugabeverordnung endlich gefallen seien.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellte mit aller Deutlichkeit fest, dass Maßnahmen, die der deutschen Tourismusbranche effektiv helfen würden, bisher ausgeblieben wären. Die Bundesregierung müsse sich die Frage gefallen lassen, wa-

rum die Zuwendungen an die Deutsche Zentrale für Tourismus nicht deutlicher erhöht worden wären, um eine effizientere Vermarktung des Tourismusstandort Deutschlands im In- und Ausland zu ermöglichen. Der Antrag behaupte, dass aufgrund der Rot-Grünen-Politik eine Stärkung der Kaufkraft der Verbraucher bewirkt habe, was zur Belebung der deutschen Tourismusbranche geführt habe. Dieser Aussage sei vehement zu widersprechen, vor allem für die neuen Bundesländer, die gegenüber den westdeutschen Bundesländern doppelt so stark belastet seien einmal durch die Steigerung der Arbeitslosenzahlen, durch die Reduzierung der Kaufkraft, die Ungerechtigkeit bei der Steuerbelastung sowie durch den anhaltenden Wegzug der Menschen, insbesondere in der Fläche.

Zu begrüßen sei allerdings die Qualifizierungsoffensive Ostbayern. Qualitätssicherung sei für den Tourismusstandort Deutschland die einzige Möglichkeit, sich gegen die Konkurrenz der anderen Destinationen zu behaupten. Es sei indes darauf hinzuweisen, dass in anderen Regionen Deutschlands wie zum Beispiel in Baden-Württemberg, dem Münsterland oder der Sächsischen Schweiz ähnliche Projekte gelaufen seien, wobei allerdings keine Bundesmittel geflossen seien. Es sei wichtig, dass die Ergebnisse des Projektes entsprechend aufbereitet würden und auch den anderen Ferienregionen in Deutschland in handhabbarer Form zur Verfügung gestellt würden.

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU biete in 55 Punkten innovative Ansätze zur Förderung des Tourismusstandortes Deutschland. Tourismuspolitik sei eine Querschnittsaufgabe, die eine Mitwirkung in den Bereichen Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft, Umwelt, Gesundheit, Sozialpolitik, Raumordnung und Städtebau, Kultur, Sport sowie Entwicklungspolitik erfordere. Der Antrag sei ein Maßnahmenkatalog, der Förderungen nicht nur zum Wohle der Tourismuswirtschaft sondern zum Wohle der Wirtschaft insgesamt aufstelle.

Für die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stand der Ausgleich zwischen Tourismus, dem Schutz und der Pflege der Umwelt im Mittelpunkt ihrer Betrachtungen. Die Einführung der Dachmarke Viabono, die Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes, die Kampagne zur Förderung der Nationalparke und die Vorbereitungen für das Internationale Jahr des Ökotourismus zeigten, dass Tourismus auch unter Bewahrung des nationalen Kulturerbes von breiten Kreisen der Bevölkerung akzeptiert werde. Naturschutz und Tourismus könnten so voneinander profitieren. Die Menschen, die eine intakte Natur unmittelbar erlebt, sehen und schätzen gelernt hätten, würden diese auch schützen wollen. Auf der anderen Seite sei für den Tourismus eine intakte Umwelt mit biologischer Vielfalt, ein unverzichtbares Gut. Erholungssuchende seien um an ihr Ziel zu kommen natürlich auf Verkehrsträger angewiesen. Daher sei es wichtig, dass insbesondere für Straßen nicht zu viel Landschaft verbraucht oder zerstört und die Umwelt auch sonst nicht zu stark belastet werde. Die Förderung umweltschonender Verkehrssysteme, die Verkehrslenkung und vor allem die Vermeidung von Individualverkehr zu Gunsten des ÖPNV hätten daher besondere Priorität.

Die **Fraktion der FDP** führte aus, dass die Steigerung der Touristenzahlen nicht in Abrede zu stellen sei, dass allerdings auf der anderen Seite in der Gastronomie sowie bei

kleinen und mittleren Hotels oft eine katastrophale Ertragslage herrsche. Nicht die Gästezahl, die Ertragszahl sei das Entscheidende. Zwar gebe es was den Arbeits- und Ausbildungsmarkt betreffe auch Steigerungen, gleichzeitig würden aber allein im Hotel- und Gaststättenbereich ca. 80 000 Arbeitskräfte fehlen. Im Rahmen des Zuwanderungsgesetzes sei daher unbedingt die Greencard für das Gastgewerbe einzuführen. Wenn die Koalition von Stärkung der Kaufkraft rede, sei dies schlichtweg falsch. Gesamtwirtschaftlich betrachtet sei die Kaufkraft geschwächt worden. Darüber hinaus müssten unbedingt im Hinblick auf die Einführung des Euro die Wettbewerbsverzerrungen im Steuerrecht beseitigt werden. Was die Erhebung der Mehrwertsteuer im Beherbergungsgewerbe sowie die Besteuerung von Trinkgeldern angehe, so schneide Deutschland im Vergleich zu den meisten europäischen Nachbarn schlechter ab.

Beim Antrag der Fraktion der CDU/CSU würden sich die Liberalen der Stimme enthalten, weil man einige Punkte nicht mittragen könne, wie zum Beispiel die weitere Entzerrung der Schulferienzeiten. Es gebe genügend Fachleute, die sagten, dass dies aufgrund der klimatischen Bedingungen in Deutschland den Drang Richtung Süden weiter verstärken würden.

Berlin, den 12. Dezember 2001

**Klaus Brähmig**  
Berichterstatter

**Brunhilde Irber**  
Berichterstatterin